



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

16. hét

2019.04.15.

## ZUSAMMENFASSUNG

**Ungarische Innenpolitik** – *Die ungarische Opposition könnte bis zu den Wahlen in mindestens zwei Teile zerfallen:*

Der Wettbewerb im ungarischen politischen System dürfte bei den anstehenden Wahlen an Stelle von zwei mindestens aus drei oder noch mehr Akteuren bestehen, nachdem sich wegen neuerlicher Meinungsverschiedenheiten unter den Oppositionsparteien in Budapest eine Koalition aus MSZP-Párbeszéd-DK-Momentum formiert, die eine Annäherung an das Lager LMP-Jobbik verwirft. Im Rennen um den Posten des Oberbürgermeisters steht Amtsinhaber István Tarlós den jüngsten Erhebungen zufolge am besten da.

**Wirtschaftspolitik** – *Der Haushaltssaldo hat sich im ersten Quartal vorteilhaft entwickelt:*

Der ungarische Staatshaushalt schloss Ende März mit einem Defizit von 142 Milliarden Forint ab. Demnach fiel der Saldo am Ende des ersten Quartals zwar ins Minus zurück, doch befindet sich der Fiskus dank einer vorteilhaften Entwicklung der makroökonomischen Prozesse in einer überdurchschnittlich günstigen Lage.

**Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *Die ungarische Regierung könnte Anteile an dem kroatischen LNG-Terminal erwerben:*

Seit Anfang 2016 zieht sich die Errichtung jenes Terminals für Flüssiggas in die Länge, für dessen Bau sich die ungarische Regierung von Anfang an interessierte. Damals verhandelte Außenminister Péter Sijjártó in Washington über die ungarisch-amerikanische Kooperation auf dem Gebiet der Energiewirtschaft. Den aktuellen Meldungen zufolge könnte sich hier noch in diesem Jahr eine Entwicklung in Kroatien ergeben.

**Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *Theresa May möchte bis zum 22. Mai aus der Gemeinschaft austreten:*

Nachdem es den Briten nicht gelang, innerhalb der bereits einmal verlängerten Frist für den Brexit auszutreten, wurde im Rahmen eines außerordentlichen EU-Gipfels die Entscheidung getroffen, das endgültige Datum des Ausscheidens der Briten flexibel bis zum 31. Oktober hinauszuschieben.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DIE UNGARISCHE OPPOSITION KÖNNTE BIS ZU DEN WAHLEN IN MINDESTENS ZWEI TEILE GESPALTEN WERDEN

**Der Wettbewerb im ungarischen politischen System dürfte bei den anstehenden Wahlen an Stelle von zwei mindestens aus drei oder noch mehr Akteuren bestehen, nachdem sich wegen neuerlicher Meinungsverschiedenheiten unter den Oppositionsparteien in Budapest eine Koalition aus MSZP-Párbeszéd-DK-Momentum formiert, die eine Annäherung an das Lager LMP-Jobbik verwirft.**

Nachdem sämtliche führende Politiker der Oppositionsparteien nach dem Eklat im Parlament am 12. Dezember 2018 auf gemeinsame Kandidaten sowohl bei den Europa- als auch bei den Kommunalwahlen drängten, um die Kandidaten der Regierungsparteien besiegen zu können, hat es gegenwärtig den Anschein, dass bei den Wahlen zum Europaparlament alle Oppositionsparteien – mit Ausnahme des Linksbündnisses aus MSZP und Párbeszéd – gesondert antreten werden. In Budapest zeichnet sich eine ähnliche Tendenz für die Kommunalwahlen ab: Im Sinne der Entscheidungen aus der vorigen Woche haben sich MSZP-P, DK und Momentum-Bewegung auf gemeinsame Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen geeinigt. Nach vorläufigen Plänen werden die LMP und die Jobbik in Budapest aus der Zusammenarbeit ausgeschlossen, obgleich die Sozialisten mit letzterer Partei dahingehend kooperieren, die Arbeit von Mitgliedern der Wahlkommissionen zu koordinieren, die in die einzelnen Wahlkreise delegiert werden sollen. In Verbindung mit dieser Entwicklung ergeben sich zwei relevante Fragen: Warum wurde die Jobbik ausgeschlossen und warum wurde die Momentum-Bewegung an Stelle der LMP mit ins Boot genommen? Die Verschmähung der Jobbik lässt sich noch leicht erklären, hat diese Partei doch seit 2014 keine wirkliche Aufbauarbeit in der Hauptstadt verrichtet. Obendrein schneidet die neuerdings zunehmend nach links driftende Partei historisch betrachtet bei sämtlichen Wahlen in Budapest am schlechtesten ab. Schließlich kann die Linke auf diese Weise wenigstens an der Oberfläche ihrer fundamentalen Aussage treu bleiben, auch weiterhin nicht mit den als antisemitisch eingeordneten politischen Kräften zusammenzuarbeiten. Die LMP unternahm bereits bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Jobbik; dass diese Partei nicht in die Koalition der Linken aufgenommen wurde, ist dennoch insofern überraschend, weil die Grün-Alternativen in Budapest von Beginn an überrepräsentiert waren, wenn man ihre Wahlergebnisse

mit denen auf Landesebene vergleicht. Die Momentum-Bewegung beging mit ihrem Anschluss an das Linksbündnis einen strategischen Fehler, weil sie zum einen ihr einstiges elitefeindliches Markenzeichen verliert, zum anderen als stärkste Oppositionskraft in Budapest besser ihre politischen Ambitionen hätte umsetzen können. Deshalb dürften für diese Partei die Europawahlen wie ein Vorausscheid wirken: Ausgehend von den im Mai erzielten Ergebnissen könnten sich die Kräfteverhältnisse neu gestalten.

Dieser neuartige Zusammenschluss könnte derweil den Prozess der Vorwahlen im Oppositionslager überschreiben: Infolge dieser im Hinterzimmer getroffenen Vereinbarung steigt der unabhängige Publizist Róbert Puzsér – der die Unterstützung von LMP und Jobbik genießt – aus der Vorwahl aus. Die aktuellste Erhebung des Nézőpont-Instituts für Budapest zeigt, dass die Opposition aktuell weder mit einem einzigen noch mit mehreren Kandidaten Amtsinhaber István Tarlós bezwingen kann. Dem heutigen Oberbürgermeister würden 48 Prozent der Budapester Wähler ihre Stimme geben, wobei er sich auf nahezu eine halbe Million stabiler Wähler stützen kann. Gemessen daran zählt Gergely Karácsony ungefähr 300.000 und Róbert Puzsér rund 100.000 Sympathisanten. Tarlós ist in Budapest auch weiterhin sogar beliebter als die Regierungsparteien (um 7 Prozentpunkte), zumal es einen wichtigen Teil seines Images bildet, dass ihn 7 von 10 Wählern als geeignet ansehen, die Stadt zu führen. Im Falle von Gergely Karácsony meinten lediglich 2 von 10 Wählern, er wäre ein Führungstyp.

## UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DER SALDO DES STAATSHAUSHALTS HAT SICH IM ERSTEN QUARTAL GÜNSTIG GESTALTET

**Der ungarische Staatshaushalt beschloss den März mit einem Defizit von 142 Milliarden Forint. Mit anderen Worten gelangte der Haushalt im ersten Quartal ins Minus, dennoch befindet sich der Fiskus wegen der vorteilhaften Entwicklung der makroökonomischen Prozesse in einer überdurchschnittlich guten Lage.**

Das Defizit von 209,3 Milliarden Forint für den dritten Monat im Jahr kann als durchschnittlich bezeichnet werden, weshalb das Finanzministerium die Daten auch sehr zurückhaltend bewertete. Die wichtigste Botschaft lautet auch weiterhin, dass sich das durch die Regierung vorgegebene ganzjährige Defizitziel von 1,8 Prozent am BIP parallel zu einer fortgesetzten Senkung der

Staatsschulden verwirklichen lässt. Letztmalig fiel das Quartalsdefizit zu Jahresbeginn 2016 geringfügiger aus, als sich gemessen an den aktuellen 209 Milliarden Forint ungefähr 140 Milliarden Forint anhäufte, während der gleiche Quartalswert im vergangenen Jahr beinahe 350 Milliarden Forint erreichte.

Wie das Ministerium mitteilte, wurden die Prozesse im ersten Quartal durch folgende Faktoren beeinflusst:

- In den ersten drei Monaten des Jahres 2019 flossen aus der Mehrwertsteuer 305,4 Milliarden Forint, aus der Einkommensteuer 41,2 Milliarden Forint, aus den Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktabgaben 64,1 Milliarden Forint sowie aus den Verbrauchsteuern 28,1 Milliarden Forint mehr als vor einem Jahr um die gleiche Zeit ein.
- Bis Ende März verzeichnete der Fiskus einen Zufluss an EU-Geldern von insgesamt 283,7 Milliarden Forint, während die Ausgaben zur gleichen Zeit 344,4 Milliarden Forint erreichten. Im ersten Quartal stellte der Haushalt im Vergleich zum Vorjahr mehr einheimische Mittel für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele bereit, so beispielsweise für Entwicklungsprojekte im Rahmen des Programms „Moderne Städte“, für die Modernisierung der Schienennetze beziehungsweise zur Unterstützung von Investitionen, mit denen die Unternehmen ihre Effizienz steigern können.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DIE UNGARISCHE REGIERUNG KÖNNTE ANTEILE AM KROATISCHEN LNG-TERMINAL ERWERBEN

Seit Anfang 2016 zieht sich die Errichtung jenes Terminals für Flüssiggas in die Länge, für dessen Bau sich die ungarische Regierung von Anfang an interessierte. Damals verhandelte Außenminister Péter Szijjártó in Washington über die ungarisch-amerikanische Kooperation auf dem Gebiet der Energiewirtschaft. Den aktuellen Meldungen zufolge könnte sich in dieser Sache noch in diesem Jahr eine Entwicklung in Kroatien ergeben.

Der kroatische Minister für Umwelt und Energie, Tomislav Coric, sprach vergangene Woche davon, dass Ungarn unter bestimmten Bedingungen 25 Prozent der Geschäftsanteile am entstehenden LNG-Terminal auf der Insel Krk erwerben würde. Die bilateralen Verhandlungen ziehen sich seit langem

hin; zuletzt hatte László Palkovics in seiner Eigenschaft als Minister für Innovationen und Technologien Ende vorigen Jahres eine Erklärung zum Stand der Verhandlungen abgegeben. Ein solches Terminal nimmt die Rückvergasung des als LNG (Liquefied Natural Gas) bezeichneten, in verflüssigter Form mit Schiffen herbeigeschafften Kraftstoffs vor, woraufhin es in Gaspipelines weiter über Festland befördert werden kann. Die Pläne für das Terminal auf Krk bestehen seit mehr als zwanzig Jahren, die Kosten wurden mitsamt der Infrastruktur vor drei Jahren schon einmal auf ungefähr eine Milliarde Euro veranschlagt. Das Projekt ist nicht nur wegen seiner Ausführungskosten, sondern auch wegen der technologischen Herausforderungen deutlich teurer, als russisches Erdgas zu kaufen, doch ist die laufende Diversifizierung und Ausweitung der Bezugsquellen eine nationalstrategische Zielstellung seit 2010.

Die kroatische Regierung unterstützt den Bau des LNG-Terminals auf Krk gemäß eines Beschlusses vom Januar mit 100 Millionen Euro, die jeweils zur Hälfte 2019 und 2020 fließen werden. Das in der Kvarner-Bucht zum Bau vorgesehene Terminal soll seinen Betrieb 2021 aufnehmen. Das Projekt als solches kostet 234 Millionen Euro, darunter das schwimmende LNG-Terminal (FSRU) an sich 160 Millionen Euro. Das Projekt wird durch die EU im Rahmen des CEF-Programms zur Entwicklung und zum Ausbau transeuropäischer Netze gemäß einer Entscheidung vom Februar 2017 mit 101,4 Millionen Euro gefördert. Den verbleibenden Betrag von 32,6 Millionen Euro gewährleisten laut Finanzierungsplan, wie dieser durch die kroatische Regierung verabschiedet wurde, das Unternehmen LNG Hrvatska und die führenden Staatsbetriebe auf dem Gas- und Strommarkt Kroatiens (HEP, Plinacro).

## **NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN**

### **THERESA MAY MÖCHTE BIS ZUM 22. MAI AUS DER GEMEINSCHAFT AUSTRETEN**

Auf dem außerordentlichen EU-Gipfel in der vergangenen Woche wurde die Entscheidung getroffen, den Briten an Stelle der am vergangenen Freitag ausgelaufenen Frist bis zum 31. Oktober Aufschub für den Austritt aus der Europäischen Union zu geben. Mehrere Staats- und Regierungschefs argumentierten für eine Aufschiebung des Zeitpunkts für den Brexit bis 2020, wohingegen Theresa May ursprünglich selbst nur eine Verlängerung bis zum 30. Juni wünschte. Die am Ende gefasste Kompromisslösung besagt, dass die Briten auch früher austreten könnten, sobald das britische

Unterhaus die bislang schon dreimal zurückgewiesene Übereinkunft zum Brexit – die von Seiten der EU nicht neu verhandelt wird – bewilligt. Sollte das nicht geschehen und befindet sich Großbritannien auch am 22. Mai weiterhin in der EU, muss das Land an den Europawahlen teilnehmen. Am 1. Juni kommt es zu einem ungeordneten Austritt, wenn das britische Unterhaus die Vereinbarung nicht bewilligt oder keine weitere Abstimmung darüber vornimmt beziehungsweise wenn die Wahlen nicht stattfinden. Im britischen Unterhaus könnte sich der Vorschlag durchsetzen, wenn es zwischen der Labour und den Tories zu einem politischen Handel kommt: Die Arbeiterpartei möchte hauptsächlich ihre Idee der Zollunion durchsetzen, während May das Ziel verfolgt, einen Kompromiss zu finden, mit dem sich so schnell wie möglich eine Mehrheit für die Übereinkunft zum Austritt bilden lässt. Sollte dies vor dem 22. Mai gelingen, brauchen die Briten an den Europawahlen nicht teilzunehmen.

## **BENJAMIN NETANJAHU HAT BEI DEN WAHLEN IN ISRAEL AUCH ZUM FÜNFTEN MAL GEWONNEN**

Der Likud von Benjamin Netanjahu holte 36 Mandate in der Knesset mit ihren insgesamt 120 Sitzen. Sein Herausforderer Benny Gantz vom zentristischen Bündnis Blau-Weiß erreichte 35 Sitze im israelischen Parlament, so dass der jüdische Staat auch künftig von einer konservativen, religiösen Regierung geführt wird. Netanjahu dürfte Geschichte schreiben, denn in der Geschichte des Staates wird er die längste Amtszeit als Ministerpräsident aufweisen können, nachdem er in diesem Jahr selbst Staatsgründer Ben Gurion überrunden wird. Seine politischen Gegner werfen ihm vor, die Nation im Wahlkampf gespalten zu haben. Netanjahu hielt nach dem Wahlsieg eine versöhnliche Rede, in der er betonte, der Ministerpräsident aller israelischen Staatsbürger zu werden, unabhängig davon, ob sie Juden, Araber, Konservative oder Linke sind. Die Schas als Partei der religiösen sephardischen Juden erzielte acht Parlamentsmandate, die ultraorthodoxe Partei Vereinigtes Thora-Judentum fiel um ein Mandat auf sieben Sitze in der Knesset zurück, nachdem auch die Stimmen der Soldaten ausgezählt wurden. Die arabisch-israelische Partei Hadash konnte sechs Abgeordnete in die Knesset entsenden. US-Präsident Donald Trump gehörte zu den ersten Gratulanten: Telefonisch und mit einem Twitter-Eintrag würdigte er den Wahlsieg von Netanjahu. Der Sieg des israelischen Politikers ist auch für Ungarn wichtig, nachdem die beiden Länder auf den Gebieten der Wirtschaft, Politik und Verteidigung strategische Partner sind. Diese Bande wurden durch den Besuch von Netanjahu in Budapest ebenso wie den Gegenbesuch von Viktor Orbán in Jerusalem erst unlängst bekräftigt.

## PROGNOSE

- Am Sonntag findet die Stichwahl der ukrainischen Präsidentschaftswahlen statt, bei der Wladimir Selenski und Petro Poroschenko um die Gunst der Wähler werben. In der ersten Runde setzte sich Selenski durch, wobei die Schlüsselfrage lautet wird, wie effizient die beiden Kandidaten zwischen den beiden Wahlgängen ihre Anhänger mobilisieren konnten, bzw. welchem Kandidaten sich die Anhänger der als Dritte ausgeschiedenen Timoschenko eher verpflichtet fühlen.

In der ersten Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen am 31. März konnten nahezu 35 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme für 39 Kandidaten abgeben. Die Wahlbeteiligung erreichte 64 Prozent, wobei kein einziger Kandidat bereits in der ersten Runde die für die Wahl zum Staatspräsidenten erforderliche absolute Mehrheit erlangen konnte. Poroschenko baute seine Kampagne darauf auf, er habe die Ukraine mit Europa verkoppelt. Dieses Versprechen dürfte für eine Mehrheit der Ukrainer mittlerweile aber zu wenig sein, die sich von der politischen Entwicklung nach dem „Euromaidan“ enttäuscht sehen. Selenski ist ein vollkommen neuer und unerfahrener Akteur im politischen Leben, der eine elitefeindliche Politik verkündete, und sich unter anderem gegen Politiker wie Poroschenko positionierte, dessen Vermögen das Magazin „Forbes“ 2014 bereits auf 1,3 Milliarden Dollar schätzte. Die Strategie Selenskis ging bislang auf: Nicht nur aufgrund der Meinungsumfragen, sondern auch hinsichtlich der in der ersten Runde erzielten Stimmverhältnisse stieg er zum Favoriten für die Stichwahl auf. Er holte im ersten Durchgang 30,2 Prozent der Stimmen, während der amtierende Staatspräsident Poroschenko nur von 16,7 Prozent der Wähler unterstützt wurde. Entscheidend wird sein, wie sich die Sympathiewerte zwischen den beiden Wahlgängen entwickeln, vor allem in dem Fall, wenn es entsprechend dem Aufruf Selenskis zu einer öffentlichen Debatte der beiden Kandidaten kommen sollte.